

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntag- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark.
Kontofonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Kassabank: Bank e. G. m. b. H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Kontofonto Nr. 404 49 Amt KdL :-

Nummer 92

Heftnummer Nr. 1

Laasphe, Dienstag den 21. April 1931

56. Jahrgang

Französisches Interesse für Ostpreußen

Warum in Königsberg ein hauptamtliches Konsulat?

Königsberg, 20. April.

Wie man erfährt, haben die drei französischen Offiziere nach ihrer Freilassung Sonntag früh ihren Plan, das Gelände der Festung Pillau zu besichtigen, ausgeführt. Offenbar nachdem sie eine entsprechende Weisung aus Berlin erhalten haben. Nichtsdestoweniger haben sie ihre Reise zum Besuch der ostpreussischen Schlachtfelder fortgesetzt.

In politischen Kreisen Königsbergs ist das Befremden hierüber außerordentlich groß. Man hätte zum mindesten erwartet, daß die französische Regierung auf Grund des deutschen Schrittes die Offiziere, deren zwei dem Geheimdienst angehören, abberufen hätte.

Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ bringt unter der Überschrift: „Ostpreußen verlangt Sühne“ einen Leitartikel zum Spionage-Zwischenfall. Jetzt wissen wir endlich, so sagt das Blatt, warum Königsberg ein französisches hauptamtliches Konsulat habe, obwohl die Notwendigkeit eines ausländischen Konsulats in Ostpreußen gar nicht gegeben sei, und das jedenfalls gar nichts zu tun habe.

Dagegen sei es ein offenes Geheimnis für den Eingeweihten, daß das Konsulat ein nach Ostpreußen vorgeschobener französischer Beobachtungsposten sei, der vielleicht mancherlei Verbindungsdiens zum polnischen Verbündeten zu leisten habe.

Diese Vermutung sei durch den Spionage-Zwischenfall deutlich zur Gewissheit geworden. Der Vorfall beweise, daß eine unterirdische Militärkontrolle in Deutschland weiterhin bestehe. Die ostpreussische Reichswehr habe nichts zu verbergen. Sie habe oft genug ausländische Gäste gehabt. Es sei aber unerhört, daß die Provinz in so schmerzlicher Weise provoziert worden sei.

Spionage erwiesen!

Was die beschlagnahmten Filme zeigen.

Berlin, 20. April.

Die den französischen Offizieren in Königsberg abgenommenen Aufnahmen sind nunmehr entwickelt worden.

Die Bilder zeigen Festungsanlagen und ferner Truppenabteilungen, die mit einem Gerät üben, dessen Geheimhaltung anderen Staaten gegenüber im Interesse der Landesverteidigung unbedingt erforderlich ist. Es handelt sich um ein neues Zielinstrument, das auf die Geschütze aufgestellt wird. Die Aufnahmen haben offenbar den Zweck gehabt, Art und Verwendung des Zielinstruments kennen zu lernen.

Sie sind teilweise durch einen Zaun hindurch gemacht worden, zeigen also Übungen auf dem Kasernenhof und nicht etwa auf einem öffentlichen zugänglichen freien Platz. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß jede Zivilperson, die bei Handlungen angetroffen würde, wie sie die französischen Offiziere in Königsberg sich haben zuschauen lassen, wegen Spionageverdachts festgenommen werden würde.

In diesem Zusammenhang muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die betreffenden Offiziere zur

Spionageabteilung des französischen Generalstabes gehören.

Sofortige Abreise aus Deutschland

Anweisung aus Paris an die Spionageoffiziere.

Die französische Botschaft in Berlin hat den drei französischen Offizieren, die unter Spionageverdacht in Königsberg festgenommen und wieder freigelassen wurden, die Anweisung erteilt, Ostpreußen und Deutschland unverzüglich zu verlassen.

Eine Arbeitsbörse für Europa?

Genf, 20. April.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, hat als Grundlage für die Vorschläge, die der Verwaltungsrat im Europaausschuß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit machen soll, eine Denkschrift eingereicht, in der bemerkenswerte Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit behandelt werden. Albert Thomas macht zunächst den Vorschlag, unverzüglich eine Europa-Arbeitsbörse zu schaffen. Es soll sich dabei um eine Art „Clearing“-Haus zur Unterbringung der europäischen Arbeitslosen handeln. Was für den Kauf und Verkauf bestimmter Industrierzeugnisse möglich sei, müsse ebenso für die Unterbringung der Arbeitslosen und für die Schaffung geeigneter Arbeitsbedingungen möglich sein.

Eine solche europäische Arbeitsbörse würde die europäischen Völker daran gewöhnen, die Frage der Unterbringung der Arbeitslosen als eine allgemeine europäische Frage zu betrachten. Die europäische Arbeitsbörse könnte unverzüglich geschaffen werden. Sie würde sich durchaus im Rahmen der Gesetze der einzelnen Länder halten, in denen der Arbeitsmarkt vor einem nicht gewünschten Zustrom fremder Arbeitskräfte geschützt werde.

Deffentliche internationale Arbeiten.

In der Denkschrift wird ferner zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Vergabe großer öffentlicher Arbeiten in gemeinsamer Zusammenarbeit der europäischen Regierungen vorgeschlagen. Die Vergabe solcher Arbeiten würde im Interesse der einzelnen Länder liegen, da damit große Aufträge an die einzelnen Industrien verbunden wären. Ferner würde ein solches Vorgehen den großen moralischen Vorteil haben, einen „europäischen Geist“ zu schaffen. Zunächst könnte zum Beispiel

ein großes europäisches Straßennetz

geschaffen werden, um den Anforderungen des europäischen Kraftwagenverkehrs zu entsprechen. Es könnten direkte Automobilstraßen zwischen Paris—Wien—Athen, ferner Paris—Berlin—Warschau—Moskau, eine Verkehrsstraße über die Alpen sowie eine Verkehrsstraße zwischen dem Baltan und den baltischen Ländern geschaffen werden. Weiter wird die

Weiterungen des Spionagefalls.

Deutschland verlangt Abberufung des Konsuls.

Berlin, 21. April. Wie verlautet, ist die Untersuchung der Angelegenheit der französischen Offiziere in Ostpreußen noch im Gange. Sie wird angesichts der Wichtigkeit, die der Fall anzunehmen scheint, mit aller Sorgfalt weitergeführt. An den maßgebenden deutschen Stellen kann man sich eigentlich noch nicht recht vorstellen, daß wirklich mit solcher Plumpheit Spionage betrieben worden sein soll.

Sollte sich aber herausstellen, daß der Verdacht wirklich begründet ist, so würden von deutscher Seite die gegebenen Konsequenzen gezogen werden, d. h. also, die französische Regierung würde gebeten, den Königsberger Konsul und den ebenfalls in die Angelegenheit verwickelten Hilfsattaché an der französischen Botschaft abzuberufen.

Erweiterung des europäischen Flußnetzes

durch Herstellung einer Verbindung zwischen dem Rhein und der Rhone sowie ein Anschluß des norddeutschen Flußnetzes an die Donau empfohlen. Diese Verbindungen würden zweifellos günstige Rückwirkungen auf die Entwicklung des europäischen Handels zwischen Nordeuropa und Zentraleuropa haben. In der Denkschrift wird auch die Frage einer internationalen

Verteilung der elektrischen Energien

berührt. Zum Schluß wird hervorgehoben, daß die bereits seit langem erörterte Frage der Einführung der automatischen Kupplung im Eisenbahnverkehr nach bisherigen Feststellungen 600 000 Arbeiter für die Dauer von fünf Jahren beschäftigen könnte.

Albert Thomas stellt abschließend fest, daß er sich lediglich darauf beschränkt habe, unmittelbar wirksame und sofort durchführbare Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu empfehlen, ohne weitergehende und länger dauernde Maßnahmen, wie die Frage der Arbeitszeit und der Löhne, zu behandeln.

Er schlägt vor, unverzüglich einen Sonderausschuß aus drei Mitgliedern des Europa-Ausschusses und drei Mitgliedern des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes einzusetzen, der die Frage der Schaffung einer europäischen Arbeitsbörse, wie überhaupt die Regelung der Arbeitslosenfrage in Europa zu behandeln hätte.

Milderung des Stahlhelm-Verbots.

Von drei Monaten auf drei Wochen.

Berlin, 21. April. Die Bundespressstelle des Stahlhelms teilt mit, daß sie durch den vierten Strafsenat des Reichsgerichts folgende Mitteilung erhielt:

„Die Beschwerde wird mit der Maßgabe verworfen, daß die Verbotsdauer auf die Zeit bis zum 1. Mai 1931 einschließend beschränkt wird.“

Damit würde die Zeitung „Der Stahlhelm“ auf rund drei Wochen gegen ursprünglich drei Monate verboten sein.

Gegen Brotpreiserhöhung.

Berlin, 21. April. Zu der vom Zweverband der Bäckermeister Groß-Berlins beschlossenen Erhöhung des Brotpreises von 46 auf 48 Reichspfennig verlautet, daß im Reichsernährungsministerium bereits Schritte gegen das selbständige Vorgehen der Bäcker eingeleitet worden sind und man die Wiederherstellung des alten Brotpreises schon in den nächsten Tagen erwarten darf.

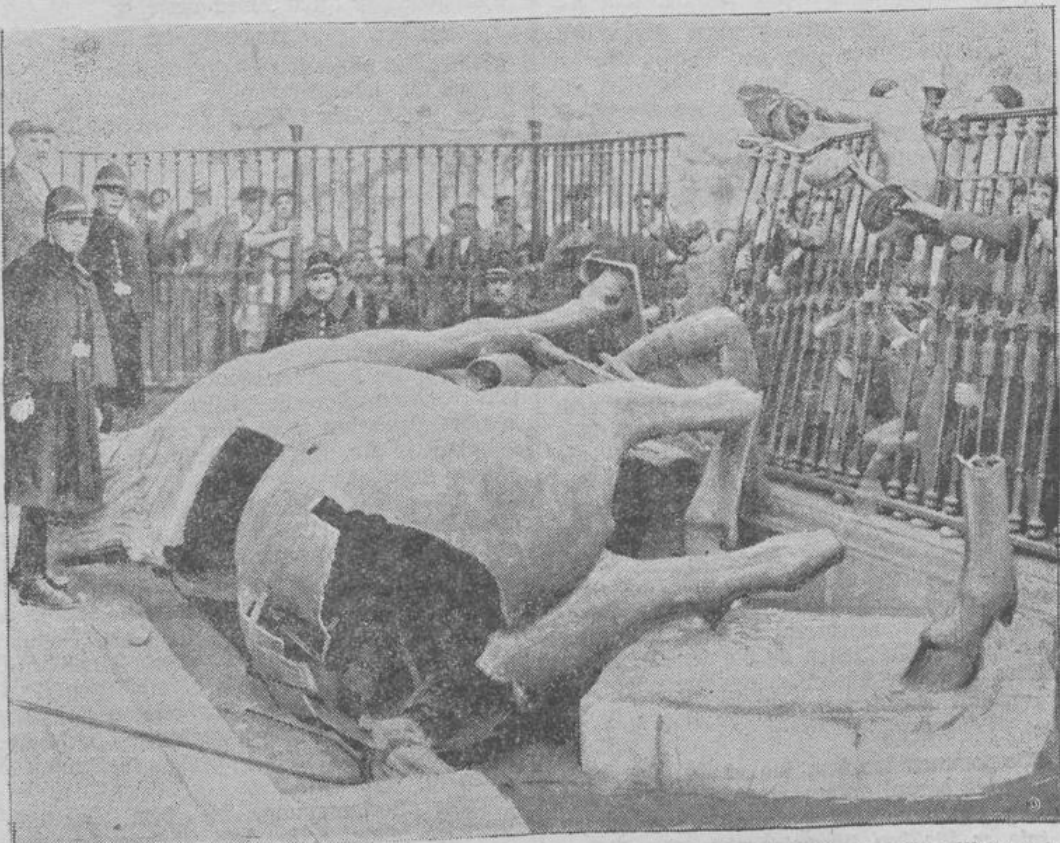
Europäische Agrarkredite.

Erste Sitzung des Europa-Unterausschusses.

Genf, 20. April. Der im Januar eingesehete Unterausschuß der Europakommission für die Agrarkreditfrage ist am Montag zum ersten Male unter dem Vorsitz des französischen Staatssekretärs Boncet zusammengetreten. Im Ausschusse sind die europäischen Großmächte, die Teilnehmerstaaten der Warschauer Agrarkonferenz sowie die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Ausfuhrländer Europas, insgesamt 17 Staaten, vertreten. Von deutscher Seite nimmt Reichsminister a. D. Dr. Hermes an den Verhandlungen teil.

Dem Ausschusse liegt der Plan zur Schaffung einer internationalen Bank für langfristige Kredite für die Landwirtschaft vor. Der Vorsitzende erklärte, daß die französische Regierung alles, was in ihren Kräften stehe, tun werde, um das Projekt zur Ausführung zu bringen.

Die Länder Mittel- und Osteuropas, denen durch das geplante Agrarkreditinstitut wesentliches Kapital zufließen soll, hätten insgesamt eine Bevölkerungszahl von 100 Millionen Einwohnern, deren Lebenshaltungsniveau noch sehr niedrig sei. Alles, was den Lebensstandard dieser Bevölkerung erhöhen werde, werde zweifellos eine günstige Wirkung für die Industriestaaten haben, denen sich neue Absatzmärkte erschließen würden.



Das Gesicht der Revolution.

Die Trümmer des Standbildes des Königs Philipp III.

von Spanien in Madrid, das die Menge im ersten Rausch der Begeisterung über den geglückten Umsturz zerstörte.

Preußen und die Notverordnung.

Der Innenminister gegen falsche Anwendung.

Berlin, 20. April. Der preussische Minister des Innern hat in einem Rundschreiben an alle preussischen Behörden darauf hingewiesen,

daß die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung der politischen Ausschreitungen erlassen sei und nicht zur Beschränkung politischer Freiheiten führen dürfe.

Der Minister mißbilligt die falsche Auslegung der Notverordnung auf schärfste und macht die Polizeiverwalter persönlich für die ordnungsgemäße Durchführung der Notverordnung haftbar.

Kampfsziele der Deutschen Volkspartei

Annahme des Aktionsprogramms.

Berlin, 20. April. Unter der Überschrift „Kampfsziele der Deutschen Volkspartei“ hat der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei das neue Aktionsprogramm der Partei angenommen und verkündet.

Zur Verfassungsfrage wird im einzelnen neben der Beschränkung der Rechte des Reichstages eine zweite Kammer gefordert. Zur Reichsreform wird als erster Schritt verlangt, daß der Reichspräsident künftighin zugleich Oberhaupt des Landes Preußen wird.

Auf wirtschaftlichem, finanziellem und steuerlichem Gebiet werden die bekannten Forderungen der Partei wiederholt. In sozialpolitischer Hinsicht sind folgende Ziele aufgestellt: Verstärkte Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der organisierten Berufsstände, größere Beweglichkeit der Lohnpolitik in bezügl. facher, sachlicher und leistungspolitischer Hinsicht, Übergang des Schlichtungswesens in die arbeitgemeinschaftlichen Selbstverwaltungskörper. Die Arbeitslosenversicherung soll sich auf die Entschädigung konjunktureller Arbeitslosigkeit beschränken. Das Beamtenrecht müsse gegen alle Anschläge auf seine verfassungsmäßige Unabhängigkeit geschützt werden. Die Parteibuchbeamten seien zu beseitigen.

Nächstes Ziel der deutschen Außenpolitik ist die Befreiung von wirtschaftlichen Ketten, in die unser Volk geschlagen ist. Für die deutsche Weltachtung unerträglich ist der Zustand, daß Deutschland allein entwaffnet mit ungeicherten Grenzen zwischen waffenstarken Völkern leben soll. Verfaßt der Völkerbund, so hat Deutschland die Pflicht, zur freien Entwicklung seiner Kräfte seinen Weg sich selbst zu wählen.

Das Programm begrüßt ferner die deutsch-österreichische Zollunion, weist auf die Unmöglichkeit des Zustandes an der deutschen Ostgrenze hin, verlangt das Recht des deutschen Volkes an der Saar und fordert Wiedergutmachung des Unrechts an der Nordmark und an Eupen-Malmédy, weitere Freiheit der kolonialen Betätigung, Kampf gegen die Kriegsschuldlinge und Schutz der deutschen Minderheiten.

Für die Politik Brünings.

Berlin, 20. April. In der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei kam sowohl in der Rede Dingeldeys, als auch in den Ausführungen verschiedener Ausspracheredner der Wille der Deutschen Volkspartei zum Ausdruck, sich nach wie vor einmütig für den Regierungsführer und den Reichskanzler Brüning einzusetzen.

Das Flottenabkommen ist tot.

Durch die Schuld der Franzosen.

London, 20. April. Der diplomatische Mitarbeiter des „Observer“ erklärt mit bemerkenswerter Offenheit, daß das europäische Flottenabkommen tot sei, auch wenn die Verhandlungen der Sachverständigen noch fortgesetzt würden. Es sei beinahe unmöglich, diese Tatsache noch länger zu verheimlichen. Die französische Abordnung habe die Erörterung aller wichtigen Punkte unmöglich gemacht. Auch der bereits eingeleitete halbamtliche französische Feldzug, der die Verschiebung der Abrüstungskonferenz zum Zwecke habe, hege ernste Befürchtungen für die weitere Entwicklung.

Aus der Heimat

Dienstag den 21. April 1931

Zeitgemäße Betrachtungen.

Im April.

Nun will der Benz die Fluren schmücken, wir sind ja weit jenseit im April, doch dieser hat noch seine Tadeln und macht noch immer, was er will, er ist, wie er schon immer war, sehr launenhaft und wandelbar und unbefriedigend sondergleich, das kann ihm nicht zur Ehr' gereichen.

Raum hofft der Mensch auf schön're Tage, und auf des Frühlings Siegeslauf, da ändert sich auch schon die Lage und neue Wolken ziehn heran, dann sinkt sofort die Temperatur, dann fällt ein Reif auf Feld und Flur und der April, der kapriziöse, entseßelt auch noch Sturmgelüste.

Und Stürme wogen auf und nieder und drehen sich im Wirbelstanz, und in den Klang der Frühlingslieder geht ihre schrille Dissonanz. Die Welt, erfüllt von Sturm und Streit, hat für den Frühling keine Zeit, was sie auch immer mag beginnen, sie kann den Frieden nicht gewinnen.

Man sagt: Der Frühling kommt mit Brausen, das ist nicht nur bei uns bekannt, und unheilvolle Stürme sausen selbst um das schöne Spanienland, es ist zu schön, um freu zu sein, das sah auch Spaniens König ein und kam zu dem Entschluß, dem festen: „Fern von Madrid“ lebt sich's am besten.

Die Ruhe hat sogar verloren auch Spaniens Nachbar, Portugal, denn Stürme gab's auch auf den Azoren und unruhvoll ist's überall, wir leben ja in einer Zeit der größten Unbeständigkeit, der Wechsel dominiert vor allen, was heute steht, kann morgen fallen.

Es bringt der Wechsel der Geschehnisse nicht immer was man mag und will, und dennoch gibt's auch Sonnenblicke im herumgewogenen Mond April, und manch' Ereignis froher Art, wie die Repp'lin-Wegspinnfahrt, auch diese wurde gut bestanden, wie wir mit frohem Stolz empfanden.

Ein fleißig Regen, müßig Wagen führt uns empor durch Sturm und Drang, drum wollen nimmer wir verzagen, drauß auch der Sturm die Flur entlang; die Frühlingsstürme geh'n vorbei und dem April folgt stets ein Mai, auf daß in diesem Glanze weiter die Welt gesunden soll. —

Ernst Heiter.

Verbilligung der Gesellschaftsfahrten bei der Reichsbahn ab 1. Mai.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat bisher schon im Reiseverkehr für Gesellschaftsfahrten in größerem Umfang Fahrpreisermäßigungen gewährt, wenn die Fahrten in geschlossenen Gruppen oder in Sonderzügen stattfanden. Um diesem Gesellschafts-Reiseverkehr neue Anregungen zu geben, hat sich die Deutsche Reichsbahn entschlossen, diese Fahrpreisermäßigungen wesentlich zu erweitern. Ab 1. Mai treten daher folgende Tarifermäßigungen in Kraft:

1. Gesellschaftsfahrten:

Die Mindestteilnehmerzahl für eine Ermäßigung beträgt künftig 15 Personen (bisher wurden 20 Personen verlangt). Bei einer Teilnahme von 15 bis 50 Personen wird eine Ermäßigung von 25 Proz. gewährt. Bei einer Teilnahme von über 50 Personen wird eine Ermäßigung von 33 1/3 Proz. gewährt. Bei 31 bis 50 Teilnehmern wird eine Freifahrt gewährt, bei über 50 Teilnehmern werden zwei Freifahrten gewährt, bei über 100 Teilnehmern werden drei Freifahrten gewährt und so fort.

2. Gesellschaftsfonderrzüge.

Bei einer Mindestteilnehmerzahl von 300 Reisenden 3. Klasse oder 200 Reisenden 2. Klasse oder 100 Reisenden 1. Klasse und einer Mindesteinnahme von 200 RM. wird zur Zeit eine Fahrpreisermäßigung von 33 1/3 Proz. gewährt. Diese wird auf 40 Proz. heraufgesetzt. Bei einer Mindestteilnehmerzahl von 600 Reisenden 3. Klasse oder 400 Reisenden 2. Klasse oder 200 Reisenden 1. Klasse und einer Mindesteinnahme von 400 RM. steigt die Ermäßigung sogar auf 50 Proz. Die Ermäßigung von 50 Proz. wird auch gewährt, wenn ein Besteller für einen Tag oder mehrere unmittelbar aufeinanderfolgende Tage gleichzeitig mindestens 5 Gesellschaftsfonderrzüge bestellt, bei denen im Durchschnitt 600 Fahrkarten 3. Klasse oder 400 Fahrkarten 2. Klasse oder 200 Fahrkarten 1. Klasse gelöst und als Mindesteinnahme 400 RM. erreicht werden.

3. Ferienfonderrzüge.

Die bisher gewährte Ermäßigung wird von 10 auf 20 Proz. erhöht, um namentlich der in die Ferien reisenden berufstätigen Bevölkerung die Erholungsreisen zu erleichtern.

Der neuzeitliche Rindviehstall

Vorgetragen von Karl Strohmman-Gründtbrück gelegentlich der Jahreshauptversammlung des Vereins ehemaliger Landwirtschaftsschüler.

(Schluß.)

Durch die Atmung der Tiere, sowie durch Wärmeausstrahlung und Ausdünstung entsteht eine feuchtwarme und sauerstoffarme Luft, die den Tieren schädlich ist, da sie anfalls gegen alle möglichen Krankheiten werden und weniger leistungsfähig sind. Es muß daher für ausreichenden Abzug der verbrauchten und entsprechenden Zutritt frischer Luft gesorgt werden. Zu beobachten ist hierbei jedoch, daß keine Zugluft entsteht, die leicht zu Erkrankungen und Verdauungsstörungen führt. Ein ausreichender Abzug der verbrauchten Luft wird am besten durch Einbau sog. Dampfschote erreicht, die zweckmäßig in der Verlängerung einer Wand angebracht werden. Die Schote sind entsprechend zu isolieren, damit die warme Stallluft nicht durch die kalte Luft im Schlot wieder nach unten zurückgedrückt wird, anstatt nach oben abzufließen. Die günstigste Stalltemperatur liegt für unser hiesiges Vieh nach meiner Ansicht zwischen 12 und 14° C. Kühle Temperatur muß immer trocken sein; nasse Kälte ist schädlich. Eine allgemein gültige Regel zur Erzielung einer gleichmäßigen Temperatur läßt sich nicht aufstellen; jeder Landwirt muß durch praktische Versuche selbst die geeigneten Maßnahmen herausfinden. Öffnen und Schließen der Fenster zu geeigneter Zeit führen in dieser Hinsicht bald zum Ziel.

Wir unterscheiden vier Aufstallungsarten und zwar: den Tiefstall, den Langstall, den Mittelstall und den Kurzstall. Ueber die Zweckmäßigkeit der einzelnen Aufstallungsarten ist folgendes zu sagen: Der

Tiefstall

ist eine nur noch selten gebräuchliche Aufstallungsart, da sie namentlich in trockenen Jahren sehr leicht mit dem Reichsmilchgesetz in Konflikt gerät. Der

Langstall

ist dagegen die fast ausschließliche Aufstallungsart in unserem Kreise. Der Krüpperrand liegt hierbei etwa 50–60 cm über dem Standpflaster. An der Kopfwand über der Krippe befindet sich eine Kasse, so daß man beim Füttern genötigt ist, um sie herum und zwischen dieselben gehen zu müssen. Das Standpflaster hat ein gleichmäßiges Gefälle von der Krippe bis zur Jauchekanne. Zwischen je zwei Tieren befindet sich in der Regel ein Gitter. Die Tiere lassen sich bei dieser Aufstallungsart nur sehr schwer sauber halten, da sich die Tiere auch dann meist in den Kot legen, wenn noch so viel gestreut wird. Der Langstall entspricht daher nicht mehr den Richtlinien des Reichsmilchgesetzes.

Der Mittel- sowie auch der Kurzstall

werden dagegen den neuzeitlichen Anforderungen gerecht, so daß nur deren Bau zu empfehlen ist. Auch beim Mittelstall liegt der Krüpperrand 50 bis 60 cm über dem Standpflaster. Die Tiere stehen hierbei auf einer erhöhten Standplatte, die auf den Langstall aufgelegt ist. Der Kot fällt auf die tiefer liegende Kotplatte. Der Mittelstall gewährleistet eine bedeutend bessere Sauberhaltung der Tiere und des Stalles, so daß bei einiger Aufmerksamkeit Verunreinigungen kaum noch vorkommen. Die Standplatte erhält nur geringes Gefälle, während die Kotplatte stärker geneigt sein muß, um eine möglichst schnelle Trennung der flüssigen und festen Bestandteile herbeizuführen. Die zweckmäßigste Länge der Standplatte für hiesige Verhältnisse liegt m. E. zwischen 2 bis 2,10 Meter. Einen solchen Stand hat die fürstliche Deponieverwaltung in Verleburg. Damit der Kot nun aber auch auf die Kotplatte fällt, muß vor dem Trog ein Freigitter mit Sperrvorrichtungen angebracht werden. Die Tiere können dadurch nur zu den Mahlzeiten an die Krippe herantreten, da das Gitter hinterher wieder geschlossen wird und die Tiere dadurch wieder zurücktreten müssen.

Der sogenannte Kurzstall

ist aus Holland übernommen worden, wo es bei den ausgedehnten Weidegebieten darauf ankam, einen Stand herauszufinden, der wenig Einstreu verlangte und einen kurzen Dlinger lieferte, wie er für den überwiegenden Gemüßbau

4. Jugendpflegefahrten.

Bei den besonders verbilligten Jugendfahrten dürfen Schnellzüge bisher überhaupt nicht benutzt werden. Fortan wird die Reichsbahn die Schnellzüge auch für Jugendfahrten unter denselben Bedingungen wie für Schulfahrten freigeben.

5. Schulfahrten.

Im Rahmen der festgesetzten Zahl der Begleiter (ein Begleiter auf neun Schüler) werden künftig auch Begleitpersonen zugelassen, die nicht zum Lehrpersonal gehören. In besonderen Fällen können auch mehr Begleitpersonen zugelassen werden.

Gleichzeitig wird die Mindestentfernung von 150 Km. bei der Benutzung von Schnellzügen aufgehoben.

— Die Hitler-Uniform wieder verboten. Dem Ministerialerlaß vom 1. April betreffs Aufhebung des Verbots der Tragung nationalsozialistischer Parteiformen, läßt der Oberpräsident der Provinz Westfalen im Regierungsamtsblatt vom 18. ds. Mts. auf Grund der neuen Notverordnung folgende Anordnung folgen: „Anordnung betr. das Verbot nationalsozialistischer Parteiformen oder Bundeskleidungen. Auf Grund der §§ 8 und 13 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (RGBl. I S. 77) in Verbindung mit 2 der Ausführungsverordnung des Preuß. Min. d. Innern vom 30. 3. 31 (Pr. G.-S. S. 45) verbiete ich in der Provinz Westfalen das Tragen einheitlicher, insbesondere militärischer Parteiformen oder Bundeskleidungen der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei oder ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen, insbesondere der Sturmabteilungen (S.A.), Schutzstaffeln (S.S.) und der Hitlerjugend. Zu solcher Uniform oder Bundesstracht gehören alle Gegenstände, die dazu bestimmt oder geeignet sind, abweichend von der üblichen bürgerlichen Kleidung die Zugehörigkeit zu den genannten Organisationen äußerlich zu kennzeichnen. Das Verbot tritt sofort in Kraft. Münster i. W., 8. 4. 1931. Der Oberpräsident der Provinz Westfalen.“

benötigt wird. Bei diesem Stand liegt der Krüpperrand nur etwa 18 bis 20 cm über dem Standpflaster. Die Standlänge für die dazugehörigen Verhältnisse beträgt 1,60 bis 1,75 Meter, je nach Größe der Tiere; für unser Vieh dürfte eine Länge von 1,60 bis 1,65 Meter genügen. Vor Jahren wurden allgemein die sogen. Grabnerketten verwendet, die auch wie in etwas abgeänderter Form in unserem Stall verwendet. Neuerdings werden dieselben mehr und mehr durch Halstrahnen verdrängt. Durch diesen Halstrahmen wird es fast unmöglich, daß noch Kot auf die Standplatte fällt. Allerdings ist das Tier in seiner Bewegungsfreiheit dadurch mehr gehemmt, wenn man auch nicht von einer Zwangsjochstellung sprechen kann, da das Tier den Kopf immer noch genügend nach allen Seiten bewegen kann. Bei Verwendung des Halstrahmens ist es zweckmäßig, den Fußboden vor der Krippe in einer Breite von etwa 40 cm 3 bis 4 cm tiefer zu legen, damit die Tiere an der so entstehenden Kante einen Halt haben und am Ausrutschen gehindert werden. Sehr umstritten ist noch die Frage, welche

Art der Sauchableitung

die beste ist. Auf der einen Seite bevorzugt man die Ableitung durch unterirdische Röhren und rechnet den verdeckten Jauchereinen das Wort und umgekehrt. Offene Sauchereinen durch den ganzen Stall, wie man sie heute fast noch überall trifft, werden nicht mehr angelegt. Das Ideal wäre wohl kürzeste Ableitung durch unterirdische Röhren zur Verhinderung der Ammoniakbildung. Sie haben jedoch den Nachteil, daß sie sich leicht verstopfen und so das Gegenteil von dem bezwecken, was angestrebt wird. Ich möchte daher der verdeckten Jauchereine mit entsprechendem Gefälle das Wort reden. Der Horn scheidet sich hierbei schnell vom Kot und fließt ab. Ein wesentlicher Vorteil besteht hierbei noch darin, daß die Rinnen, wenn sie sich einmal verstopfen, leicht zu reinigen und auszuspülen sind. Jedenfalls ist aber die schnellste Entfernung von Jauche und Kot auf diesem oder jenem Wege die Vorbedingung zur Erzielung einer gesunden Stallluft, da sonst auch die beste Entlüftungsanlage ihren Zweck verfehlt.

Bei der Auswahl der Tröge

gehört den glasierten Steinguttrögen der Vorzug, die zweckmäßig für jede Standreihe durchzuführen. Statt der runden Form wähle man die sogen. Reformatröge, ein Trög, dessen Sohle nach dem Futtergang etwas tiefer liegt. Diese Form ermöglicht den Tieren die leichtere Aufnahme von Wurzel und Ästen. Auch brauchen die Tiere dadurch den Kopf nicht so steil zu halten. Die einfachste, dabei beste und billigste Tröganlage ist nach meiner Ansicht folgende: Ueber jedem Tröge bringt man eine Zapfstelle an, so daß das Wasser direkt in und durch die Tröge läuft. Selbsttränkanlagen kosten viel Geld, so daß es m. E. unrentabel wäre, sie unter den heutigen Verhältnissen zu empfehlen. Dünger- und Futterabgaben bedeuten zwar wesentliche Betriebsvereinfachungen, kommen aber für hiesige Verhältnisse kaum in Frage. Da der Heuboden meist über dem Stall liegt, richtet man es möglichst so ein, daß der Henschacht am Anfang des Futterganges mündet.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages kam Herr Strohmman noch auf die Anlage der Düngerrinne und Jauchegrube zu sprechen und wies auf die recht erheblichen Ersparnisse hin, die mit einer zweckmäßig angelegten Jauchegrube und restloser Verwertung der Jauche verbunden sind. Seine diesbezüglichen zahlenmäßigen Angaben stützen sich auf die Beobachtungen im eigenen Betriebe. Die Ersparnisse fanden ihre Auswirkung in verminderter Gelddarlehenszahlung für Kunstdünger und im Mehrertrag auf Wiesen und Weiden. Den Schluß bildeten geeignete Vorschläge, wie ein unzulänglicher Stall ohne große Gelddarlehenszahlungen umzubauen ist.

Die Versammlung, die dem Vortrag mit größtem Interesse folgte, sollte dem Redner am Schluß lebhaften Beifall.

Laasphe:

* Heute letzter Tag für das Volksbegehren! Auch am letzten Tag der Frist der Einzeichnung für das Volksbegehren ist die Beteiligung recht rege. Bis heute mittag 12 Uhr hatten sich 537 Personen für die Auflösung des preussischen Landtages erklärt. Die Möglichkeit, seine Stimme abzugeben, besteht bis heute nachmittag 6 Uhr.

* Bei verhältnismäßig gutem Besuch hielt die SPD. gestern abend im Saale des Westf. Hofes eine Versammlung ab, in der Reichstagsabg. Frau Wolff-Dortmund über das Thema: „Soll die deutsche Familie untergehen?“ sprach. In sehr beredten Worten wies die Rednerin auf das Wert der Sozialdemokratie hin. Dem Vortrag, welchem sich keine Diskussion anschloß, wurde Beifall gezollt.

* **Amalienhütte.** Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern bei dem hiesigen Hüttenwerk. Die beiden Hüttenpferde gingen mit dem Wagen plötzlich durch, wobei der Fagelöhner Karl Sch. von Niederlaasphe vom Wagen geschleudert wurde und sich erhebliche Verletzungen im Gesicht zuzog. Als die Pferde in rasendem Tempo den Eingangsweg zum Hüttenwerk hinuntertrampelten, sprang ihnen der Förster August V. von Laasphe entgegen, um sie einzuhalten. Dabei wurde er jedoch zur Seite geschleudert und blieb mit gesplittertem Armknochen am Boden liegen. Der Unfall ist umso tragischer, da V. im Krieg bereits einen Arm verloren hat. Nachdem ihn ein Laasphe Arzt verbunden hatte, wurde der Bedauernswerte mit dem Betriebskrankensauto in die Marburger Klinik überführt. Auch Sch. mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

* **Bernshausen.** Am Sonntag feierte der Landwirt Wolf Grant, ein Mann von echtem Schrot und Korn, in körperlicher und geistiger Frische seinen 83. Geburtstag. Es ist interessant, noch heute Ereignisse und Erlebnisse aus vergangenen Tagen von ihm zu hören. Der Jubilar ist seit Jahrzehnten Leser der Wittgensteiner Zeitung und hält heute noch die Heimatzeitung hoch in Ehren. Noch nachträglich unsern Glückwünsche!

* **Breidenbach.** Auch ein Zeichen der Zeit. Infolge der schlechten Lage sieht sich der Unternehmer der Autobus-Linie Breidenbach-Sibelshausen — Haiger gezwungen, den Betrieb an Sonn- und Feiertagen einzustellen. Der mangelhafte Verkehr ist die Ursache dieser Maßnahme. Die interessierten Gemeinden Simmersbach, Roth, Achenbach, Oberdieten, Niederdieten und Breidenbach haben sich entgegenkommender Weise bereit erklärt, dem Unternehmer einen einmaligen Zuschuß von 120 RM. zu gewähren, damit das Unternehmen nicht ganz zum Erliegen kommt.

* **Weiterausichten für Mittwoch:** Bei wechselnder Bewölkung zeitweise noch Neigung zu Niederschlägen, meist nur schwache Winde.

Aus Nah und Fern.

— **Dillenburg.** Die Einwohnerzahl der Stadt Dillenburg belief sich nach der letzten Personenzensusaufnahme am 10. Oktober vorigen Jahres auf insgesamt 6532 Personen. Diese Zahl bedeutet eine Zunahme innerhalb des letzten Jahres um 94.

— **Marburg.** Pulsader durchschnitten. Beim Abziehen des Rasiermessers durchschnitten sich ein hiesiger Einwohner die Pulsader. Man brachte den Schwerverletzten in die Klinik.

— **Köln.** Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich in einem Hause am Neumarkt ereignet. Ein alter Mann, der tränklich war, und unter Schwindelanfällen litt, hatte mit einer brennenden Kerze sein Schlafzimmer betreten. Dabei muß er ohnmächtig geworden und gefallen sein; sein Hemd fing Feuer, und der Mann verbrannte bei lebendigem Leibe.

* **Miettenich bei Koblenz.** (Schrecklicher Tod zweier Brüder.) Zwei Knaben, Brüder im Alter von acht und dreizehn Jahren, kamen beim Spielen auf dem Privatgelände einer Ziegelei auf schreckliche Weise ums Leben. Sie tummelten sich ahnungslos auf einem Rasenplatz. Plötzlich gab der Boden nach und einer der Brüder versank in die Tiefe. Sein Bruder, der nach ihm schauen wollte, verschwand ebenfalls. Arbeiter, die auf die Hilferufe von Spielgefährten herbeieilten, machten die traurige Feststellung, daß die Knaben beim Begehen einer mit Gras überwucherten und brüchig gewordenen Steindecke eines tiefen Meter tiefen Brunnens in die Tiefe gestürzt und ertrunken waren. Rettungsversuche waren ohne Erfolg.

* **Paddler ertrunken.** Auf dem Rhein bei Düsseldorf kenterte ein Paddelboot mit zwei jungen Leuten. Einer von ihnen konnte schwimmend das Ufer erreichen, während der andere ertrank.

* **Eine Frau verbrannt.** In einem Hause in Göttingen brach früh, als die Bewohner noch schliefen, Feuer aus. Die Feuerwehr konnte eine im zweiten Stockwerk eingeschlossene Frau nicht mehr retten. Sie kam in den Flammen um.

* **Zwei Wilderer im Kampf erschossen.** In der Nähe des Wälder Steins stieß ein Eisenacher Förster auf drei verdächtige Männer. Als er sie aufforderte, den Inhalt ihrer Pistolen vorzuzeigen, zogen zwei von ihnen Gewehre hervor. Der Förster verteidigte sich mit seiner Dienstwaffe und erschloß die beiden Wilderer. Der dritte verletzte den Förster.

— **Lübeck.** Dr. Altfeldt impft sein eigenes Kind nach dem Calmette-Verfahren. Gelegentlich der letzten großen Calmette-Debatte in der Bürgerschaft war von einem Senator erwähnt worden, daß ein wegen fahrlässiger Tötung angeklagter Lübecker Arzt, Obermedizinalrat Dr. Altfeldt, sein eigenes Kind mit B.C.G.-Kulturen aus Paris geimpft habe, weil er innerlich noch wie vor von der Vorzüglichkeit des Calmette-Mittels überzeugt war und den Nachweis dafür an seinem eigenen Kinde führen wollte. Das Kind ist jetzt reichlich sechs Wochen alt und nach wie vor vollkommen gesund. Es hätte jetzt schon Krankheitserscheinungen zeigen müssen, wenn die Calmette-Kulturen von gleicher Beschaffenheit gewesen wären, wie die im vergangenen Jahre hier verabreichten, die bekanntlich 76 Todesfälle zur Folge hatten. Dr. Altfeldt scheint also an seinem eigenen Kind der Nachweise geglaubt zu sein, daß die von Professor Calmette selbst zubereiteten Kulturen unschädlich sind.

Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft für Laasphe und Amt Banse.

Wohl selten war einer Versammlung mit solchem Interesse entgegen gesehen worden, wie der Generalversammlung der Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft für Laasphe und Amt Banse, die am Sonntag bei sehr starkem Besuch im Kurhaus Kahlstede in Laasphe stattfand.

Auf der Tagesordnung stand:

1. Geschäftslage der Genossenschaft.
2. Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Meier: „Allgemeines über das Genossenschaftsleben“.
3. Rechnungslage und Entlastung des Vorstandes.
4. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates.

Vorher Vorsitzender Weide die Versammlung eröffnete, wurde eine Anwesenheitsliste zum Einzeichnen herumgereicht. Nachdem die Versammlung eröffnet worden war, meldete sich Müller-Laasphe zur Geschäftsordnung und beantragte Punkt 2 an den Schluß der Tagesordnung zu setzen. Wagner-Laasphe bemängelte, daß kein Mitglied im Besitze der Statuten sei, was bei dem kleinsten Verein der Fall sei. Der Antrag Müller wurde angenommen.

Der Vorsitzende Weide führte etwa folgendes aus:

„Die Lage der Genossenschaft ist durchaus nicht trostlos.“

Eine genaue Prüfung der Bücher und eine Generalversammlung wären längst erforderlich gewesen. Man hat von Vertretungen gesprochen; doch das trifft nicht zu. Die Mitglieder haben daselbst Recht wie Vorstand und Aufsichtsrat, eine Versammlung einzuberufen. Von allen Seiten sind Fehler gemacht worden.“ Vorsitzender Weide begründete die Notwendigkeit des Vortrages des Herrn Rechtsanwalts Meier. Er betonte, daß sich derselbe bereit erklärt habe, denselben unentgeltlich im Interesse der Allgemeinheit zu halten. Der Vorsitzende führte weiter aus: „Ein Verlust von 1400 RM. ist zu verzeichnen. Doch steht noch die Zahlung einer großen Anzahl von Geschäftsanteilen mit je 20 RM. aus; bei deren Eingang kann von einem Verlust keine Rede mehr sein. Das Prinzip der Genossenschaft war, billig zu arbeiten zum direkten Vorteil der Genossen. 7 Proz. war die Spanne für Unkosten, Verwaltung, Lager, Steuern usw. Im Laufe der Jahre sind durch verschiedene Momente Verluste eingetreten. Im Jahre 1925 wurde auf Veranlassung des Vorstandes Fischweil gekauft. Der Absatz verzögerte sich, sodaß man 150 Zentner mit einem Verlust von 900 Mark an einen Händler verkaufen mußte. An einem Mitglied gingen 400 RM. verloren. Bei der Westfälischen Landw. Genossenschaft wurden 150 RM. eingezahlt, die durch Konkurs verloren gingen. Die wirtschaftliche Notlage ist eben auch bei der Genossenschaft nicht spurlos vorüber gegangen. Den Vorwurf Müller, die Ware sei immer erheblich teurer gewesen als diejenige des Händlers, weise ich mit dem Bemerkten zurück, daß auch

nur Qualitätsware zum Verkauf gelangt

ist. Daß die Genossenschaft im vergangenen Jahre beim Saatkartoffelverkauf wie viele andere Genossenschaften in Westfalen herein gelegt worden ist, gebe ich ohne weiteres zu. Ich kann dazu berichten, daß die Bommersche Saatgutgesellschaft gegen die Lieferfirma in Wert im Zivil- und Strafprozeß vorgegangen ist.“

Gerhardt-Hesselbach bemängelte die Höhe des Zehnprozent von Laasphe nach Hesselbach, der 50 Proz. pro Zentner betragen habe. Hierauf wird mitgeteilt, daß Dreisbach für das Lager und den Zehnprozent 50 Proz. erhalten habe. Gerhardt erklärte, daß er nur aus dem Grunde Mitglied der Genossenschaft geworden sei, um Qualitätsware zu erhalten. Müller-Laasphe bemängelte hierauf, daß man einzelnen Mitgliedern zu hohe Kredite eingeräumt habe, wovon die Folgen die Verluste gewesen seien. Der Vorsitzende Weide äußerte, daß man ihm im Jahre 1925 eine Entschädigung zugestimmt hätte, was aber leider nicht protokolliert worden sei. Er habe materielle und finanzielle Schäden gehabt; deshalb hat er, ihm noch 700 RM. für die zurückliegenden 7 Jahre für seine Bemühungen vergütet zu wollen. Müller war der Ansicht, daß man mit diesem Geld andere Schäden decken könne. Wagner-Laasphe übergab eine Vollmacht seines Vaters und erhob den Vorwurf, daß dieses vernachlässigt worden sei auch in Bezug auf Anteilzahlung und Abrechnung.

Vorsitzender Weide erklärte hierauf folgendes: Derjenige, welcher aus der Genossenschaft austreten will, hat sich beim Vorstand schriftlich abzumelden. Ich bin auch Bauer und Handwerker und kann deshalb einen Juristen nicht ersetzen. Es waren eben nur fünf Exemplare der Satzungen vorhanden.

— **Trier.** (Der Zwischenfall.) Die Oberpostdirektion Trier teilt mit, daß die Nachrichten, wonach der Kölner Sender nach seiner Stilllegung ausgebaut und nach Trier überführt werden sollte, nicht den Tatsachen entsprechen. Weiter gibt sie bekannt, daß zur Zeit über die Stärke und den Aufstellungsort des neuen Trierer Zwischenfinders noch keine Angaben gemacht werden können; da hierüber die endgültige Entscheidung noch ausstehe.

— **Beilstein, M. Marbach.** (Brandstiftung, weil er kein Schreiner werden wollte.) Der frühere Schreinerlehrling Willi Ernst hat nach längerem Leugnen der Kriminalpolizei endlich eingestanden, daß er den im November vorigen Jahres in der Möbelfabrik Scheer und Söhne ausgebrochenen Brand gelegt habe. Der Grund zu der Tat sei gewesen, von seiner Lehrstelle wegzukommen, da er am Schreinerhandwerk keine Freude gehabt habe.

* **Tod eines deutschen Afenforschers.** Der Afenforscher Dr. Emil Trinckler ist an den Folgen eines vor acht Tagen erlittenen Autounfalles gestorben. Trinckler ist durch seine beiden Afenreisen bekannt geworden, die ihn durch Afghanistan und Tibet geführt haben. Sein Tod ist umso tragischer, als er im Herbst ds. Js. eine neue Expedition unternehmen wollte.

* **Kinobrand verursacht Panik.** Während der Abendvorstellung brach im Palastkino in Prohnitz ein Brand aus. Es entstand eine fürchterliche Panik. Viele Personen wurden im Gedränge verletzt. Der Operateur Schwab verbrannte.

Weiß-Hesselbach und Müller-Laasphe stellten den Antrag auf Auflösung der Genossenschaft.

Ueber diesen Antrag konnte jedoch nicht abgestimmt werden, da der Punkt nicht auf der Tagesordnung stand.

Weber-Hesselbach beantragte danach, daß der Vortrag des Rechtsanwalts Meier im Interesse der erschienenen Genossen sofort gehalten wird. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Den Ausführungen des Rechtsanwalts Meier-Laasphe über

„Allgemeines über das Genossenschaftsleben“

entnehmen wir folgendes: Bevor ich auf die Gesetzesbestimmungen über das Genossenschaftsleben eingehe, möchte ich bemerken, daß die ersten Genossenschaften in einer wirtschaftlich schlechten Zeit entstanden sind. Der Genossenschaftsgedanke stammt von dem Amtsgerichtsrat Schulze-Delblich; er ist ein urdeutscher Gedanke. Eine Personenvereinigung von 7 Mann kann sich bei dem Amtsgericht als Genossenschaft anmelden. Eine Genossenschaft setzt sich zusammen aus dem Vorstand, dem Aufsichtsrat, der Mitgliederversammlung und den Genossenschaftsmitgliedern. Wer sich einer Genossenschaft anschließt, erwirbt deren Vorteile. Die Mittel können der Genossenschaft durch Verweigerung der Zahlung der Anteile nicht vorenthalten werden. Auch ein Sterbefall entbindet nicht von den Verpflichtungen der Genossenschaft gegenüber. Ankenntnis über die bestehenden Statuten entbindet nicht von den Pflichten. Der Vorstand ist das Organ der Genossenschaft. Sache des Aufsichtsrates ist es, sich über die Geschäftslage zu informieren. Die Mitglieder hören auf zu bestehen, wenn sich ein Mitglied schriftlich beim Vorstände bis zum 31. Dezember eines Jahres zum gleichen Datum des nächsten Jahres abgemeldet hat. Für die Kündigung der Mitgliedschaft ist der Aufsichtsrat nicht zuständig. Die Genossenschaft kann durch Beschluß der Mitgliederversammlung bei drei Viertel Majorität der anwesenden Mitglieder aufgelöst werden.“

Nachdem Rechtsanwalt Meier seinen lehrreichen Vortrag beendet hatte, war ein Weiterkommen eher möglich. Vorsitzender Weide las das Schreiben eines Schuldners vor, der der Genossenschaft noch 700 bis 800 RM. schuldet und sich bereit erklärt hat, den Betrag aufzubringen. Er dankte Herrn Rechtsanwalt Meier für seine Ausführungen.

Punkt 3. Unter diesem Punkt hat Vorsitzender Weide um Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates und warnte vor einer Liquidation. Es wäre kurzfristig gehandelt, wenn man die Genossenschaft auflösen würde. Er versicherte im Interesse der Genossenschaft alles zu tun, was in seinen Kräften stehe. Salzmann hat um bessere Geschäftsführung. Die Beanstandungen von Müller und Wagner wurden durch das Vorstandsmitglied Amtsrentmeister Ed. Schuppert widerlegt. Müller ersuchte um Revision und beantragte, daß ein zweiter Geschäftsführer tätig sei. Es konnte aber alles widerlegt werden. Der zweite Geschäftsführer Delz ist im Auftrage des Herrn Achenbach tätig, der beruflich verhindert war, die Geschäfte weiterzuführen. Höse-Laasphe riet von einem Beitritt zu einem Genossenschaftsverband ab. Wagner-Banse hat, vorläufig keine größeren Geschäfte zu tätigen. Müller-Laasphe beantragte die Vertagung des Punktes 3, bis alles geregelt sei. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die nächste Mitgliederversammlung im Juli d. Js. abzuhalten.

Im Jahre 1929 wurde für 38 000 RM. und im Jahre 1930 für 28 000 RM. Waren umgesetzt.

Punkt 4. Dreisbach und Wagner-Banse legten ihre Aufsichtsratsposten nieder; ebenso Goebel-Banse seinen Vorstandsposten. Man wurde sich dahin einig, daß die Herren bis zur nächsten Mitgliederversammlung ihre Posten beibehalten. Für ein ausgeschiedenes Vorstandsmitglied wurde Christian Weiß-Hesselbach gewählt.

Herauf wurde die Entschädigung des Vorsitzenden Weide geregelt. Weber-Hesselbach wies darauf hin, daß keiner der anwesenden Genossen bereit sei, die Arbeit unentgeltlich zu machen. Finanzielle und materielle Schäden seien bestimmt für ihn entstanden. Vorsitzender Weide verließ aus eigenem Antrieb den Saal. Amtsrentmeister Schuppert nahm den Vorsitz. Schreiber-Niederlaasphe beantragte, dem Vorsitzenden Weide für die letzten 7 Jahre 500 RM. zu zahlen. Hiergegen protestierte Weiß-Hesselbach. Salzmannhausen-Banse hielt 350 RM. für ausreichend. Der Antrag Schmidt-Herbertshausen, Weide bis Dezember 1930 350 RM. und für jedes folgende Jahr 50 RM. zu vergüten, wurde angenommen. Weide begnigte sich mit diesem Betrag im Interesse der Landwirtschaft. Nach Schluß der Versammlung um 1/6 Uhr blieb Vorstand und Aufsichtsrat noch zu einer kurzen Besprechung zurück. Das Weiterbestehen der Genossenschaft dürfte gesichert sein. W.

— **Berlin, 20. April.** In Charlottenburg tötete der 42-jährige Ingenieur Schop durch einen Kopfschuß die 12-jährige Ilse Jaggen und verübte dann Selbstmord. Schop hatte in der Württemberg-Allee bei der Familie Jaggen ein Zimmer gemietet. Er war erst vor einiger Zeit nach Berlin gekommen und ist mit der Familie entfernt verwandt. Der eigentliche Beweggrund der Tat ist noch nicht festzustellen gewesen. Schop war nervenleidend. Erst vor kurzer Zeit hatte er eine längere Kur in einer Nervenheilanstalt gemacht. In den letzten Tagen zeigte er auffallendes Interesse für die Einzelheiten des Kürtenprozesses.

— **Eine Viertelmillion kostet der Kürtenprozeß!**

Die Kosten, die die Vorbereitung der Hauptverhandlung des Kürtenprozesses erfordert, belaufen sich auf 11 000 Mark, die Kosten des gesamten Verfahrens auf rund 250 000 Mark.

— **Seeräuber sprengen Dampfer in die Luft.**

London, 20. April. Im Hafen von Kanton ist ein chinesischer Passagierdampfer durch eine Bombenexplosion zerstört worden. 40 Passagiere und die Besatzung verloren ihr Leben. Es handelte sich um eine Bombe mit Zeitzündung, die von Seeräubern gelegt worden war. Der Kapitän des Dampfers hatte sich geweigert, den Seeräubern einen Abstand zu zahlen, um vor Ueberfällen geschützt zu sein.

Betr. Gewerbe-Kapital- und Ertrags- Steuer-Vorauszahlungen für 1931.

Nach § 53 des Gesetzes über die Regelung der Gewerbe-
steuer für das Rechnungsjahr 1931 sind bis zum Empfange
des Veranlagungsbescheides über die Gewerbesteuer nach dem
Ertrage und Kapitale für 1931 die Vorauszahlungen nach
den bisherigen Bestimmungen unter Zugrundelegung der
jeweils geltenden Zuschläge zu leisten.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Vorauszah-
lungen für das 1. Vierteljahr 1931 (April—Juni) am
15. Mai ds. Js. fällig werden und erfordern um pünktliche
Zahlung. Die weiteren Zahlungsziele sind am 15. 8., 15. 11.
1931 und 15. 2. 1932. Bei der Zahlung sind die alten
Bescheide für 1930 bei der Stadtkasse mit vorzulegen.

Laasphe, den 17. 4. 1931.

Der Magistrat: Pränger.



Erfahrungen einer Hausfrau:

Es gibt für getragene Garderoben
nichts Besseres als
chem. Reinigen od. Auf färben.
Machen Sie einen Versuch, und
Sie werden ständige Kundin.

Wilhelm Schneider, Berleburg
Färberei, chem. Reinigung,
Plisseepresserei
Annahmestellen:
Laasphe: L. Schröder, Hutgeschäft.
Erndtebrück: C. Bald, Schneidmstr.
Feudingen: Reinh. Müller.

Öffentliche Verpachtung.

Montag den 27. April 1931, nachm. 4 Uhr
verpachte ich das Grundstück Gemarkung Laasphe, Flur 4
Nr. 31, Bingerwiese (vor der Bruch) Wiese und Garten,
Größe 147,18 ar, Reinertrag 12,51 Taler, in mehreren
Parzellen an Ort und Stelle öffentlich meistbietend auf
drei Jahre. Bedingungen werden bei der Verpachtung be-
kanntgegeben.

Laasphe, den 17. April 1931.

Wilhelm Fischbach, Prozeßagent.

Frankfurter Schlachtviehmarkt vom 20. April: Auftrieb:
356 Ochsen, 152 Bullen, 431 Kühe, 370 Färsen, 555
Kälber, 28 Schafe, 4915 Schweine. Bezahlt wurden pro
50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark: Ochsen 45 bis
49, 40 bis 44, 36 bis 39; Bullen 40 bis 43, 35 bis 39;
Kühe 37 bis 40, 32 bis 36, 27 bis 31, 23 bis 26; Färsen
45 bis 4, 40 bis 44, 39 bis 39; Kälber 65 bis 69, 60
bis 64, 52 bis 59; Schafe nicht notiert; Schweine 44 bis
47, 45 bis 48, 45 bis 48, 43 bis 46. — Marktverlauf:
Rinder ruhig, Ueberstand, Kälber und Schafe mittelmäßig,
Schweine mäßig rege, zum Schluß abflauend, ausverkauft.

Zumpe macht Karriere

Eines Pechvogels lustige Geschichte von Fritz Körner

13]

„Herr Zumpe, dein Gast? Das ist eine Frechheit...
eine Unverschämtheit, die ich mir nicht bieten lassen darf. Natürlich,
der hat dich aufgeheult! Morgen geh' ich ins Minister-
ium! Ich werde mich bei dem Herrn Ministerialdirektor
beschweren, zum Minister gehe ich!“

„Mach' was du willst, du kannst immer in meinem
Hause sein, du weißt genau, daß ich kein Knicker bin, aber...
Frau Auguste Belle führt jetzt in meinem Hause das
Ministerium des Innern! Verstanden? Du bist meine
Schwester... aber ich habe es satt, die Wirtschaft so weiter
zu machen!“

„Dann gehe ich! Für immer!“
„Ich kann dich nicht halten!“
„Du bist ja froh, wenn ich gehe!“
„Wenn ich nein sage, lüge ich!“

Dora atmete schwer, während Auguste ruhig, als ginge
sie das alles nichts an, ihren Dienst tat.

„Karl... ich... habe bei meiner Bank schon einen
Vorschuß auf dein Gehalt genommen! Du mußt es decken!“
„Ah... einen Vorschuß! Wie hoch denn?“

„Sechshundert Mark.“
„Sechshundert Mark! Für was denn?“

„Die Wirtschaft hat so viel gekostet!“

„Was, die Wirtschaft? So... sagen wir lieber,
Fräulein Dora! Meine Beste... die 600 Mark, die du
ich, im übrigen möchte ich jetzt meine Ruhe haben. Jetzt
greife du einmal nach deinem mütterlichen Erbteil, ich weiß
daß du über 20.000 Mark in Papieren hast. Wir sind ge-
schiedene Leute. Miete dich ein, wo du willst! Siehst du,
ich weiß ich wenigstens, wo mein Geld immer hin-
gekommen ist.“

„Du verbietest mir dein Haus?“

„Ja!“

„Ich gehe!“

„Auguste kann dir beim Packen helfen!“

„Rabenbruder!“

Brettschneider ließ sie stehen und ging zu Zumpe zurück.
Anton sah ihn erstaunt an. Wie niedergeschlagen er mit
seinem Male aussah!

Seufzend ließ sich Brettschneider am Tische nieder.

Betr. Gewerbeertragssteuer- erklärungen 1931.

Hiermit erinnere ich nochmals an die Einreichung der
Gewerbeertragssteuer-Erklärungen für 1931 bis zum
30. April 1931.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden
Steuererklärung versäumt, kann mit einem Zuschlag bis zu
10 v. H. des festgesetzten Steuergrundbetrages herangezogen
werden.

Laasphe, den 17. 4. 1931.

Der Vorsitzende des Gewerbebesteuer-Ausschusses:
Pränger, Bürgermeister.

Für das bekannte
Eiweißbrot „Sigma“
werden tüchtige, bei der Landwirtsch. gut
eingeführte
Vertreter
gesucht. Versand ab Fabriklager Siegen.
Offerten unter Chiffre S. C. 100 an die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wir liefern
„Erdgold“
Saatkartoffeln
und bitten um Be-
stellungen.

Landwirtschaftl.
Ein- u. Verkaufs-
genossenschaft für
Laasphe u. Amt
Banfe e. G. m. b. H.
Laasphe.

**Löwe-
Radio**
(5 Röhren)
für 60 Mark zu
verkaufen.

Von wem, sagt
die Geschäftsstelle
der Wittg. Ztg.

Inserieren
bringt
Erfolg!

Prüfen Sie

und überzeugen Sie sich bitte
von der Güte meiner Arbeiten.
Z. B. hier im Wittgensteiner Hof
sehen Sie in den Wirtsräumen
einen Holzfarben-Anstrich an
Türen und Wänden, von mir
vor 27 Jahren ausgeführt, der
trotz täglichem Putzen heute
noch fast wie neu erscheint —
folglich:
„Das Beste ist das Billigste.“

Karl Kämmerer
Decor.-Malermaler.

Mittwoch u. Donnerstag
frische Seefische u. Backlinge, prima
Kopffalat, 4 Stk. 1.— Mk., prima
Spinat, 2 Pf. 25 Pf. Alles Gemüse
frisch und billig. Dide, frische
Landbeeren zum Einlegen, Stk. 8 Pf.

Christian Klinkert, Laasphe
Bahnhofstraße Fernruf 79

Garten- u. Feldsämereien
in bekannt besser Qualität frisch
eingetroffen.
Wittgensteiner Drogerie.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbe- steuer nach dem Gewerbeertrag für 1931.

I.

Eine Steuererklärung ist abzugeben:

1. für alle gewerbebesteuerpflichtigen Unternehmen, deren
Gewerbeertrag im Kalenderjahre 1930 den Betrag
von 6000 RM. überstiegen hat;
2. ohne Rücksicht auf die Höhe des Gewerbeertrages für
alle gewerbebesteuerpflichtigen Unternehmen, bei denen
der Gewinn auf Grundlage des Abschusses der
Bücher zu ermitteln ist;
3. für alle gewerbebesteuerpflichtigen Unternehmen, für die
vom Vorsitzenden des Gewerbebesteuerausschusses eine
Steuererklärung besonders verlangt wird.

Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebs
abzugeben.

II.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Ver-
pflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter
Benutzung des für sie vorgeschriebenen Vordrucks

„Muster Gew. 1 (für Einzelgewerbetreibende, freie
Berufe, offene Handelsgesellschaften, Kommanditge-
schaften und Gesellschaften, bei denen der Gesellschafter
als Unternehmer (Mitunternehmer) des Gewerbebetriebes
anzusehen ist, z. B. für Reedereien und Gesellschaften
des bürgerlichen Rechts),

Muster Gew. 2 (für juristische Personen),
Muster Gew. 4 (als Anlage zum Muster Gew. 1
oder 2 für Unternehmen mit Betriebsstätten in ver-
schiedenen Gemeinden)“

in der Zeit vom 15. bis 30. April 1931 bei dem Vor-
sitzenden des Gewerbebesteuerausschusses, in dessen Bezirk sich
die Leitung des Unternehmens befindet, einzureichen. Liegt
der Ort der Leitung außerhalb Preußens, so ist der Wohnsitz
des bestellten Vertreters, hilfsweise die preussische Betriebs-
stätte maßgebend, in der die höchste Lohnsumme gezahlt ist.

Vordrucke für die Steuererklärung können vom 10. April
ab von dem unterzeichneten Vorsitzenden des Gewerbe-
besteuerausschusses bezogen werden. Auch werden Vordrucke
vom 10. April ab im Rathause, Zimmer Nr. 3 (Steuer-
büro) während der Dienststunden von 8 bis 12 Uhr ab-
gegeben. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweifach ein-
geschrieben — einzureichen oder mündlich dem Vorsitzenden
des zuständigen Gewerbebesteuerausschusses gegenüber abzu-
geben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom
Empfang eines Vordrucks zur Steuererklärung nicht ab-
hängig.

III.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuer-
erklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der
Steuererklärung angehalten werden, auch kann ihm ein
Zuschlag bis zu 10 v. H. des festgesetzten Steuergrund-
betrages auferlegt werden.

IV.

Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung
der Gewerbebesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch
ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuer-
gefährdung) wird bestraft.

Laasphe, den 8. April 1931.

Der Vorsitzende des Gewerbebesteuerausschusses für den
Veranlagungsbezirk des Stadtbezirks Laasphe:
Pränger, Bürgermeister.

Verlobung! Ich wünsche, daß alle deine drei Brüder ein-
geladen sind und daß auch deine Eltern willkommen sind.
Das wünsche ich! Und dann wünsche ich, daß der Herr
Ministerialdirektor nicht so viel vorwärts, an den winkenden
Ministerfessel, sondern daran denkt, daß er Georg Zumpe
ist, der einstmals ein lieber, fröhlicher Bursche war! Gute
Nacht, Schorsch!“

Mit nicht allzu freundlichen Gefühlen ließ er den
Bruder zurück.

*

Am nächsten Morgen.

„Morgen, Herr Regierungsrat!“

„Morgen, Herr Zumpe!“ sagte der alte Herr freundlich.

„Nun, wie machst du Auguste?“

„Prima! Man merkt's schon am Kaffee! Bei Dora
aukte ich immer aufpassen, daß ich den Kaffee nicht mit
dem Rasierwasser verwechselte. Die Auguste... die kann
tögen! Denkt man, 's ist guter Kaffee... und dabei
Kaffee Hag. Ich muß wegen meinem Herzen vorsichtig sein.
Das muß die Auguste förmlich gerochen haben.“

„Die hat Menzgenkenntnis!“

„Ich freue mich heute schon auf das Mittagessen! Wissen
Sie was, Herr Zumpe, essen Sie mit bei mir!“

„Heute?“

„Nein, immer! Ich ziehe doch schon übermorgen um.
Wohnungsaustausch. Fabelhafte Sache. Gar nicht weit von
hier. In der Lindenstraße. Famoser Bierzimmerwohnung.
Der neue Konjul von Patagonien wollte einziehen, hat die
Wohnung fulminant herrichten lassen, die Handwerker werden
heute fertig und ich kann dann einziehen. Er freut sich, daß
er sieben Zimmer kriegt. Die Hauswirte sind einverstanden.“

„Das klappt ja ganz glänzend! Durch wen haben Sie
denn die Gelegenheit erfahren?“

„Durch meinen Hauswirt! Der hat auch alles fest-
gemacht. Eben hat er mich angerufen. Alles in Butter!“

„Das paßt glänzend!“

„Also einverstanden! Ich nehme Sie mittags immer
mit. Wir speisen zusammen.“

„Preis?“

„Tag 'ne Mark! Bier extra!“

„Gut! Bier werde ich mir zum guten Teil verkneifen
müssen, denn ich will mich wieder sportlich betätigen.“

„Donnerwetter! Sie sind auch so'n Sportfreak?“

„Und ob ich das bin! Wenn Sie mit mir gehen, und
wenn's ins dunkelste Berlin ist... da kommt Ihnen keiner
zu nahe! Ich boze jeden in Grund und Boden und wenn
sich mir 'n Weltmeister in Weg stellt. Vor dem knie ich
auch nicht.“

(Fortf. folgt.)